## Die schwierige Situation der Kammern für Handelssachen und mögliche Lösungswege

## Beschluss

Die Präsidentinnen und Präsidenten der Oberlandesgerichte, des Kammergerichts und des Bundesgerichtshofs sehen aufgrund des bundesweiten Rückgangs der Verfahrenszahlen der Kammern für Handelssachen Handlungsbedarf. Sie halten weitere Überlegungen zu deren struktureller Stärkung und zur Steigerung der Kompetenz und Attraktivität deutscher Gerichte für Handels- und Wirtschaftssachen mit nationalem und internationalem Bezug für erforderlich. Sie begrüßen den beabsichtigten Einsatz einer Arbeitsgruppe durch die Justizministerkonferenz zur Untersuchung der Gerichts- und Verfahrensstrukturen in wirtschaftsrechtlich bedeutenden Gebieten auf Optimierungsmöglichkeiten und werden hierzu eigene Überlegungen einbringen.

Dabei sollten insbesondere Überlegungen zur veränderten Ausgestaltung der richterlichen Besetzung, auch in Bezug auf eine Stärkung des Kammerprinzips und einen möglichen Verzicht auf die Mitwirkung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter, sowie Optionen für verbindliche Absprachen zur individuellen Ausgestaltung des Verfahrens und des Oberlandesgerichts als Eingangsinstanz in den Blick genommen werden.